

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugpreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1,90 Mt. — Durch die Post bezogen 2.— Mt. ohne Beilage. Telefon Sammelnummer 72206. **Verkaufspreis** Leipzig Buchdruckerei V. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 72206

Inseratenpreise: Die 10gehalt. Kolonellzeile 35 Wfa., bei Platzvorschrift 40 Wfa., Stellenangebote 10gehalt. Kolonellzeile 25 Wfa. Familiennachrichten von Privaten die 10gehalt. Kolonellzeile mit 50% Nachl. Reflameseile 2 Mt. Inserate v. ausw.: die 10gehalt. Kolonellzeile 40 Wfa. bei Platzvorschrift 50 Wfa., Reflameseile 2,25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Auswärtigen, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Der Faschistenmarsch nach Helsingfors

Nebenregierung der Lappo-Leute

III Helsingfors, 7. Juli.

In den Abendstunden zogen von allen Seiten nicht endenwollende Automobilscharen der Lappo-Leute in Helsingfors ein. Staatsgeschmückt mit finnischer Fahne und Tannenreisig führten die Kraftwagenkolonnen, von Motorradfahrern geführt, in die Stadt. Einzelne Kolonnen hatten bis über 700 Kilometer zurückgelegt. Auf den Parkplätzen in den verschiedenen Teilen der Stadt herrschte militärische Ordnung. In Kompanien und Bataillonen stellten sich die Lappo-Leute auf. Nach kurzer Meldung beim Bataillonkommandeur wurden die Kompanien in ihre Quartiere entlassen. Den Zug machen in der Hauptsache nur ältere Leute mit. Unter 24 Jahren ist kein Teilnehmer, um Zusammenstöße aus jugendlichem Leichtsinne zu vermeiden.

Bauern im Sonntagrock, i. T. in hohen Stiefeln, viele mit deutschen Tornistern, als einziges Zeichen die blauschwarze Lappo-Binde um, durchzogen in großen Kolonnen und kleinen Gruppen die Straßen. Sonderpatrouillen sorgten für Ordnung. Am Sonntag sind 1000 Automobile angekommen, am Montag werden noch 500 eintreffen. Der Rest der Lappo-Leute kommt in Sonderzügen an.

Seit Sonntagabend hat man das starke Empfinden, daß neben der offiziellen Regierung eine Lappo-Regierung besteht, in deren Händen die tatsächliche Macht liegt.

Tugendwelche Zwischenfälle haben sich nicht ereignet, doch ist die Erregung zweifellos sehr groß. Von mancher Seite werden Zweifel ausgedrückt, ob die Lappo-Leute nicht auch nach Beendigung der vorgesehenen Feiern in Helsingfors bleiben, um einen Druck auf die Regierung ausüben zu können. Da am Montag das Reichstagsplenum um 12 Uhr tagt, sind neue Verwicklungen möglich. Am Montagabend wird eine Lappo-Abordnung dem Staatspräsidenten die Wünsche mitteilen.

Wie erregt die Stimmung ist, beweist die Tatsache, daß anscheinend der Lappo-Bewegung nahestehende Personen in der Nacht zum Sonntag in ein in der Nähe von Helsingfors auf einer Insel gelegenes schwedisches Journalistenheim eindrangen. Sie fragten nach dem Chefredakteur der schwedischen liberalen Morgenzeitung „Svensta Pressen“.

Die offizielle halbfaschistische Regierung

III Helsingfors, 5. Juli.

Die Regierung Spinhusund ist auf bürgerlicher Grundlage, aber ohne Hinzuziehung von Führern der faschistischen Lappo-

Bewegung gebildet worden. Die Regierung wurde vom Präsidenten bestätigt. Die Tatsache, daß im Kabinett keine Lappo-Leute vertreten sind, wenn auch starke Sympathie für Lappo innerhalb des Kabinetts vorhanden ist, macht für die Zukunft neue innerpolitische Verwicklungen möglich.

WTB Helsingfors, 7. Juli.

Die Regierung hat ein Komunique ausgegeben, in dem sie zu dem Marsch der Lappo-Leute auf Helsingfors erklärt, diese Demonstration beweise, daß außerordentliche Maßnahmen notwendig seien. Die Regierung arbeite auf das gleiche Ziel hin wie die Lappo-Leute, nämlich den Kommunismus in Finnland zu erschaffen, und verlange deshalb, daß jedes eigenmächtige Vorgehen unterbleibe.

Die Regierung hat einige kommunistische Gewerkschaftshäuser schließen lassen.

Der Faschistenterror

SPD Helsingfors, 4. Juli.

Am Freitag morgen drangen in Forssa (Südfinnland) unbekannte Männer in die Wohnung eines als Kommunist bekannter Arbeiters und schossen ihn nach kurzem Wortwechsel nieder. Die Täter sind entkommen. Der Mord ist zweifellos von Anhängern der antifaschistischen Bewegung ausgeführt worden. In Raccila wurden in der vergangenen Nacht mehrere Schüsse auf das sozialistische Volkshaus abgegeben. Als der Wächter aus dem Hause heraustrat, wurde er von einem Kugelregen empfangen, ohne jedoch verletzt zu werden. Auch in diesem Falle sind die Täter entkommen.

SPD Helsingfors 5. Juli.

In den Grundgesetzausschuß des Reichstages drangen heute vier Männer ein und ergrieffen zwei kommunistische Mitglieder des Ausschusses, schleppten sie in Autos und verschwanden. Der Vorsitzende des Ausschusses zeigte den Vorfall beim Staatsministerium an.

Helsingfors, 5. Juli.

Der Minister des Innern hat die Festnahme mehrerer kommunistischer Abgeordneter angeordnet. Er erklärt, daß die Festnahme nicht als Verhaftung anzusehen sei, sondern nur erfolgt sei, um die Tätigkeit der betreffenden kommunistischen Abgeordneten „zu untersuchen“.

Brüning sucht eine Mehrheit

Deutschnationale und Deckungsvorlage

SPD Die Regierung Brüning ist wieder auf der Suche nach einer Mehrheit für ihre Finanzgesetze. Sie arbeitet diesmal nicht mit einem offenen „Kontinuum“ — dafür bemüht sich der agrarische Flügel der Deutschnationalen, der deutschnationalen Reichstagsfraktion klar zu machen, daß zwischen der D-Schiffe und den Deckungsgesetzen innere unlösliche Zusammenhänge bestehen.

Die Deutsche Tageszeitung setzt sich dafür ein, daß die Deutschnationalen dem Kabinett Brüning die nötige Mehrheit für die Deckungsgesetze geben. Sie schreibt:

„Geht man dagegen den anderen Weg, bindet man dem Kabinett aus Abneigung gegen die Steuergesetze die Lebensader ab, dann schlägt man damit alles kaputt, was an großen Entwürfen und Plänen vorgelesen und zum Teil bereits in Wert gesetzt ist. Im Eifer gegen einzelne Unzulänglichkeiten der Regierung vergißt man nämlich gar zu leicht die eigentlichen Aufgaben, die diesem seinerzeit vom Reichspräsidenten in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht gestellt waren. In Verbindung damit, und zwar in unlösbarer Verbindung, steht das D-Schiffes, ohne dessen restlose Durchföhrung der größte Teil des landwirtschaftlichen Berufsstandes verloren ist. Voraussetzung für die Durchföhrung dieser beiden großen Gesetze bleibt aber immer die Möglichkeit eines Arbeitens auf lange Sicht, die Stetigkeit des Regierungskurses. Macht man nun dem gegenwärtigen Kabinett, das bisher durchaus den besten Willen bewiesen hat, der Landwirtschaft mit allen Kräften zu helfen, das Leben unmöglich, dann gleitet die Staatsföhrung mit Notwendigkeit in die Hände der Linken, und was dann aus den Gesetzen wird, darüber braucht man wohl sich nicht weiter den Kopf zu zerbrechen.“

Das Spiel, das bei der Verabschiedung der ersten Deckungsgesetze des Kabinetts Brüning bei den Deutschnationalen getrieben wurde, wiederholt sich jetzt. Die Deutschnationalen sind keineswegs geschlossen — trotz dem Beschlusse ihrer Fraktion. Der Kampf Brünings um die Mehrheit beginnt wieder mit Auseinandersetzungen bei den Deutschnationalen.

Wie die Telegraphen-Union von Gutunterrichteter Seite erfährt, besteht die Absicht, die weiteren Verhandlungen zwischen der Regierung und den Reichstagsparteien über das Deckungsprogramm zunächst im Wege der Einzelbesprechungen

fortzuführen. Man erblickt darin die Bereitschaft des Kabinetts, in weitestem Umfange über Abänderungen in den vorhandenen Vorlagen mit sich reden zu lassen.

Im wesentlichen dürfte es sich nach der U.-Meldung zunächst darum handeln, den Versuch weiterer Einsparungen zu machen. Ob sich in den eigentlichen Haushaltsfragen noch Abstriche erzielen lassen, wird vorläufig für fraglich gehalten. Dagegen ist man im Finanzministerium der Meinung, daß sich rein finanztechnisch durchaus noch wesentliche Einsparungen erzielen lassen. Weiter wird die Frage geprüft, ob etwa eine Begrenzung der Darlehenspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung auf eine bestimmte Summe für eine Reihe von Zahlungen möglich ist. Endlich wird erwogen, die von der Deutschen Volkspartei geforderte Kopfstener wenigstens in der Form sicherzustellen, daß schon in den vorhandenen Vorlagen eine Verpflichtung für die Regierung zur Einführung der Bürgerabgabe zum Herbst besteht.

Am die thüringische Nazi-Polizei

WTB Weimar, 5. Juli.

Der Landtag von Thüringen verabschiedete nach längerer Aussprache den durch die Verordnung über die Verstaatlichung der Polizei notwendig gewordenen Nachtragsetat mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Nationalsozialisten. Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde die Vorlage in veränderter Form, d. h. mit einer herabgesetzten Endsumme, angenommen. Auf Bedenken gegen die Verabschiedung des Nachtragsetats vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Polizeifrage wurde von dem Regierungsvertreter erwidert, daß der Streit vor dem Staatsgerichtshof am 11. Juli nach Ueberzeugung der Regierung zu deren Gunsten ausgehen werde.

Kongresswahlen in Mexiko

SPD Mexiko-Stadt, 7. Juli.

Die Wahlen zum mexikanischen Kongress verliefen nach den bisher vorliegenden Meldungen ruhig. Die ersten Ergebnisse lassen einen großen Sieg der Regierungspartei als wahrscheinlich erscheinen. Eine endgültige Uebersicht über das Ergebnis der Wahlen ist jedoch an Hand der vorliegenden Nachrichten noch nicht möglich.

Britische Reichsprobleme Dominion Ostafrika?

Es wäre irrig, im Britischen Weltreich der Gegenwart die Form geworden Föhrung klarer Erkenntnisse oder bestimmter Willenskräfte zu sehen. Es ist das Ergebnis wirtschaftlich-politischer Zwangsläufigkeiten. Nicht deshalb wuchs es zu seiner gigantischen Größe, weil es ursprünglich auf den Absichten einzelner beruhte oder vorgefaßter Meinungen entsprang, sondern deshalb, weil in diesem Riesenbau die Summe der Resultate Jahrhunderte langer wirtschaftlich-politischer Entwicklung ihre sinnvolle Ausprägung findet. Und so war es denn auch die Verlagerung der ökonomischen Kräftebedingungen Europas vom letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts an, die das britische Bewußtsein zur Idee der positiven Reichspolitik verweiste.

Der ungewöhnliche industrielle Aufstieg der bedeutsamsten europäischen Staaten führte zur Erschütterung der englischen Vorherrschaft auf dem Weltmarkt und im Ringen um Wettbewerbsfähigkeit zur Unterhöhlung des typisch britischen Freihandelsprinzips. In jener Periode beginnender schutzöllnerischer Abriegelung und einsehender kolonialimperialistischer Tätigkeit der kontinentalen Mächte forderte Joseph Chamberlain die wirtschaftliche und politische Einheit des Britischen Reiches. Er stellte die panbritische Idee der Selbstgenügsamkeit der „Kleingländer“ gegenüber, jene Aera eröffnend, die Sir Dille mit seiner Parole „Greater Britain“, Größeres England, charakterisierte. In der Cecil Rhodes, Imperialist größten Formates, die Voraussetzungen zur Gestaltung seiner kühnen politischen Zielsetzung „vom Kap bis Kairo“ findet und mit dem System der Machtgrabung die auch in der Gegenwart noch wirksamen Leitgedanken der britischen Außenpolitik entscheidend beeinflusst. Ihm, seinen Nachfolgern und dem Weltkrieg, dem großen politischen Geburtshelfer, gelangt die Verwirklichung seiner Ziele. Heute ist ein unter englischer Flagge stehendes interafrikanisches Reich zwischen Kairo und Kapstadt geschaffen.

Die staatsrechtliche Stellung des jetzigen Tanganyika-Territoriums (einstigen Deutsch-Ostafrika), als von Großbritannien verwaisteten Völkerbundmandats — die an Belgisch-Kongo und Portugiesisch-Ostafrika abgetretenen Gebiete sind räumlich nur von geringer Bedeutung — führte im Laufe des vergangenen Jahrzehnts zur Herausbildung zweier wesentlicher politischer Grundströmungen. Einmal zu den Bestrebungen einer völligen Einordnung dieses Gebietes in die britische Machtphäre in der Form eines durch Uganda und Kenja erweiterten neuen ostafrikanischen Dominions. Zum anderen aber zu den — bisher freilich erfolglosen — Bemühungen deutscher kolonialer Interessentkreise, eine eventuelle Umwandlung des englischen Mandats in ein deutsches zu verwirklichen. Britischerseits wurden die Bemühungen um die Schaffung eines neuen Dominions durch das Kabinett Baldwin weitestgehend gefördert. Die in der Londoner Denkschrift vom Juli 1927 zur Bearbeitung der in Betracht kommenden Fragen vorgesehene Studienkommission ging noch im Laufe desselben Jahres unter Leitung von Hilton Young nach Ostafrika ab. Mitte Januar 1929 wurde der Bericht der Kommission der Öffentlichkeit übergeben.

In Anlehnung an die Beschlüsse der britisch-ostafrikanischen Kolonien vom August 1927 zu Nairobi in Kenja, in denen die zur Sprache gebrachten Angelegenheiten als noch nicht spruchreif erachtet wurden, sieht vorerst auch das Resümee der Young-Kommission von einer Verschmelzung der Hauptgebiete ab. Empfohlen wird vielmehr die Ernennung eines Oberkommissars mit Vollzugsgewalt für alle drei Gebiete bei vorläufiger Beibehaltung deren jetziger Gouverneure. Die Hauptaufgabe eines später zu ernennenden Generalgouverneurs soll in der Sicherung der britischen Reichsinteressen, in der Ueberwachung der Maßnahmen der Reichsverwaltung und in der Föhrung der Eingeborenenpolitik bestehen. Hier werden also erstmalig, wenn auch in vorstuflicher Form, die Abbrundungsbestrebungen des britischen Imperialismus ersichtlich. Formell wurde zwar den Bedingungen des Völkerbundstatuts Genüge getan und die staatsrechtliche Umwandlung Tanganyikas in eine britische Bestzung vorläufig fallengelassen, obwohl dessen engste wirtschaftlich-politische Verknüpfung mit den angrenzenden englischen Gebieten, unbeschadet des rechtlichen Zustandes, bestehen bleibt. Und zweifellos wurde diese provisorische Lösung des Ostafrikaproblems lediglich im Hinblick auf die reservierte Haltung der UGV getroffen, die seinerzeit infolge der durch das englisch-französische Flottenkompromiß vom Sommer 1928 ausgelösten antiamerikanischen Haltung eher geneigt schienen. Deutschland bei seiner Forderung nach Zuteilung eines Kolonialmandats oder nach Umwandlung des britischen über Tanganyika in ein deutsches — in den Debatten im Völkerbundrat den Rücken zu stärken. Heute, nach einer gewissen Wiederannäherung zwischen England und Amerika seit der Londoner Flottenkonferenz, dürften diese Bedenken wohl kaum noch bestehen.

Bleibt gerade deshalb bringt jetzt das englische Kolonialamt erneut diese Angelegenheit zur Sprache. Auch diesmal wird das Problem noch nicht konkretisiert. Der Wunsch nach

A-Lesehalle 837